

Nienburg wird grün.

**Am 12.9.
alle Stimmen
für grün!**



***Gemeinsam unsere
Stadt erneuern.***

Veränderung beginnt hier.

Schon
gewusst?

**Wählen geht schon bis zu
6 Wochen vor dem
Wahltermin - per Brief
und persönlich im
Rathaus.**



Mehr erfahren:

nienburgwirdgrün.de

Inhaltsverzeichnis

Die Stadt zukunftsfähig machen.	4
Der Klimaschutz im Mittelpunkt der städtischen Politik.	5
Stadtplanung für alle.	7
Eine lebendige Innenstadt.	8
Digitalisierung und Vernetzung.	8
Ökologisch Bauen und Wohnen.	9
Nachhaltig mobil sein.	14
Freizeit, Erholung und Sport.	19
Zukunftsfähig und nachhaltig lernen.	21
Klare Kante gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit.	23
Kulturvielfalt stärken – Kultur für alle.	24
Kommunale Sozialpolitik.	25
Frauen und Gleichstellung.	26
Diversität und Gender.	27
Demokratie auf kommunaler Ebene stärken.	28
Moderne Verwaltung.	29
Nachhaltig wirtschaften.	30

***Du hast Fragen?
Lass uns miteinander sprechen.***

Mail: info@nienburgwirdgruen.de

Facebook: [gruene.nienburg](https://www.facebook.com/gruene.nienburg)

Instagram: [gruene_nienburg](https://www.instagram.com/gruene_nienburg)

Die Stadt zukunftsfähig machen.

Bei der Kommunalwahl 2021 geht es darum, Nienburg mit einer starken grünen Fraktion im Stadtrat in eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft zu führen. Die **zentrale Zukunftsaufgabe für Nienburg** – und das übergreifende Thema unseres Wahlprogramms – ist die **Bekämpfung der existenzbedrohenden Klimakrise**. Klimaschutz ist darum der zentrale Prüfstein dafür, wie wir uns in Zukunft durch die Stadt bewegen, wie wir wohnen, wirtschaften, arbeiten – wie wir leben in unserer Stadt.

Wesentlich für den Erfolg einer zukunftsfähigen Stadt sind auch die **Stärkung des sozialen Zusammenhalts** sowie eine **offene, vielfältige und kreative Stadtgesellschaft**. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir gerade in Notlagen starke öffentliche Institutionen brauchen. Wir wollen das soziale Netz dichter knüpfen, damit kein Mensch durch die Maschen fällt. Wir haben auch erfahren, wie während der Krise Spannungen und Brüche, Vorurteile und Ressentiments in unserer Gesellschaft zu Tage treten. Eine zukunftsfähige Stadt ist eine Stadt, die entschieden für **Vielfalt und Gleichberechtigung** – und gegen Ausgrenzung und Hass – eintritt.

Der Klimaschutz im Mittelpunkt der städtischen Politik.

Für die Bewältigung der Klimakrise sind auch auf lokaler Ebene in Nienburg deutlichere Anstrengungen notwendig. Auf Antrag der GRÜNEN Stadtratsfraktion wurde von der Stadtverwaltung schon vor Jahren ein CO₂-Minderungsprogramm erarbeitet, das jedoch kaum zur Senkung der Treibhausgasemissionen beitragen konnte, weil die Maßnahmen weder ausreichend waren noch konsequent umgesetzt wurden. Von der neu eingerichteten Stabsstelle „Klima- und Umweltschutz“ erwarten wir eine stärkere **Priorisierung der Klimaschutzbelange** in allen Aktivitäten der Stadtverwaltung und die Erstellung eines verbindlichen Masterplans Klimaschutz mit dem Ziel der Reduzierung der CO₂-Emissionen um 55 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990.

Wir setzen uns für eine Selbstverpflichtung des Stadtrates ein, keine Beschlüsse zu fassen, die eine erhebliche Erhöhung der Treibhausgasemissionen erwarten lassen.

Dafür ist notwendig,...

- dass eine **Abwägung** zwischen den möglichen **Auswirkungen auf das Klima** mit allen anderen Vor- und Nachteilen für jedes geplante Projekt in der Stadt stattfindet – und nicht nur mit dem Blick auf kurzfristige finanzielle Auswirkungen.
- dass die detaillierte und langfristige **Prüfung der Klimaauswirkungen aller künftigen Ratsvorlagen** dann auch die langfristig wirksamen Kosten der Auswirkungen auf das Klima mit einbezieht.
- dass die Ergebnisse dieser **Abwägungen transparent** und für Bürger:innen nachvollziehbar dargestellt werden.
- dass die **Klimaschutzaktivitäten** der Stadt in Kooperation mit der Klimaschutzagentur des Landkreises **dringend beschleunigt** werden – und diese je ein beratendes Mitglied in die Ausschüsse Stadtentwicklung und Bauen entsendet.

Klimaschutz ist ohne Naturschutz nicht möglich.

Alle Bäume im öffentlichen oder privaten Raum leisten einen wichtigen Beitrag zur CO₂-Minderung. Sie müssen unter den Schutz einer **Baumschutzsatzung** gestellt werden. Bestand ist besser als Ersatz. Neuanpflanzungen können ökologisch wertvollen alten Baum- und Pflanzenbestand nicht sofort vollwertig ersetzen. Deshalb sollte der Erhalt alten Baumbestandes grundsätzlich Vorrang haben. Die öffentlichen und privaten Grünflächen haben eine hohe Bedeutung für unsere heimischen Arten und für ein günstiges Klima innerhalb des bebauten Bereichs.

Deshalb wollen wir...

- die öffentlichen **Grünflächen** möglichst **naturnah** gestalten, soweit das mit ihrer eigentlichen Zweckbestimmung vereinbar ist.
- die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Stadt bei Auslaufen bestehender Pachtverträge oder bei Neuverpachtung nach den Vorgaben des **Ökologischen Landbaus**.
- **naturnahe Landschaftselemente** wie Hecken, Feldgehölze, Alleen, Baumreihen und Feldraine unter Schutz stellen, um sie vor erheblicher Beeinträchtigung und Zerstörung zu schützen, denn sie sind wichtige Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleinsäuger. Ein solches Gebiet mit großer Bedeutung für die Artenvielfalt und einen Biotopverbund hat sich auch im Bereich Schäferhof in Nienburg-Süd entwickelt und muss unbedingt vor der Bebauung mit einem geplanten sogenannten „Logistikzentrum Süd“ für PKW bewahrt werden.
- als Mitglied des Bündnisses **„Kommunen für biologische Vielfalt“** die Vorgaben dieses Zusammenschlusses konsequent beachten und umsetzen.

Stadtplanung für alle.

Eine nachhaltige Stadtplanung bedeutet einen erweiterten Blick auf alle Bevölkerungsgruppen zu haben: insbesondere auch junge und alte Menschen, sozial und wirtschaftlich benachteiligte Gruppen, Menschen mit besonderen Bedarfen, mit Mobilitätseinschränkungen und vielfältigen Alltagswegen. Dazu bedarf es deren Beteiligung und der Einrichtung divers aufgestellter Teams bei der Stadtplanung, um alle Blickwinkel abbilden und bei der Umsetzung berücksichtigen zu können.

Das Projekt „Soziale Stadt“ in der Lehmwandlung ist ein großer Erfolg und hat für uns Vorbildcharakter. Der Erfolg war nur möglich, weil eine umfassende öffentliche Förderung auf großes Engagement vor Ort stieß. Im Nordertor ist das nächste „Soziale Stadt“-Projekt in Nienburg eingeleitet worden. Beide Projekte sind beispielhaft und zeigen, dass es besonderer Anstrengungen bedarf, um eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur und letztlich lebendige Stadtteile zu erreichen. Dabei ist eine umfassende **Einbindung der Bevölkerung durch aktive Bürger:innenbeteiligung** wichtig.

Stadtteilzentren mit Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen in Verbindung mit ausreichenden Grünflächen zur gemeinsamen Nutzung bieten dafür eine gute Grundlage. Hierfür stehen die Sprotte in der Lehmwandlung, die Alpheideschule in ihrem Quartier und das Stadtteilzentrum im Nordertor als gute Beispiele. Diese Ideen und Modelle gilt es weiterzuentwickeln und auf andere Quartiere zu übertragen.

Stadtentwicklung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels bedeutet für uns auch, sogenannte **„weiche“ Standortfaktoren zu stärken**. Das heißt zum einen, Einrichtungen und Angebote zu machen, die den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft entgegenkommen, aber auch jungen Familien alle Möglichkeiten der Entfaltung zu bieten, um sie langfristig für Nienburg zu gewinnen. Dazu zählen geeigneter Wohnraum, das Theater und das Kulturwerk, Museen, eine attraktive Bibliothek und ein Archiv, ein Schwimmbad, Sportvereine und die Musikschule genauso wie ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr sowie eine ausreichende Anzahl an Einrichtungen zur Kinderbetreuung. Auch über die Qualität der vorhandenen Bildungsangebote wird der Standort insgesamt gestärkt.

Eine lebendige Innenstadt.

Die **Aufenthaltsqualität in der Innenstadt** muss verbessert werden. Wir schaffen „Lieblingsorte“, die offen und einladend, übersichtlich sowie einsehbar gestaltet sind und zum Verweilen einladen. Hierzu gehört, den **Autoverkehr auf das Notwendige zu beschränken**. Eine Öffnung von Fußgänger:innen-Bereichen für den Autoverkehr lehnen wir ab. Die Innenstadt muss wieder **grüner** werden. Auf allen geeigneten Flächen müssen wieder Bäume gepflanzt werden, um den Verlust der letzten Jahre auszugleichen und das Stadtbild wieder freundlicher zu gestalten. Auch anderweitige Begrünungen wie Büsche, Pflanzinseln und -kübel müssen verstärkt ausgebracht werden. Wichtig ist die Nutzung der bereits vorhandenen Flächen sowie die ausreichende Ausstattung mit sicheren, gut erreichbaren Fahrradstellplätzen und Sitzmöbeln.

Darüber hinaus wollen wir die Innenstadt aufwerten durch **Förderung von vielfältigem Inhaber:innen geführtem Einzelhandel mit Online-Angeboten und auch mit kulturellen Angeboten**.

Digitalisierung und Vernetzung.

Die Digitalisierung der Verwaltung, der Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt entwickelt sich zurzeit technologiegetrieben. Die Digitalisierung ist aber kein Selbstzweck und muss in Summe ihres Nutzens auch dem Klimaschutz und den Menschen dienen. Wir wollen die **Digitalisierung aus Sicht der Menschen unserer Stadt und des Klimaschutzes** denken und entwickeln.

Für die grüne Kommunalpolitik bedeutet das, dass...

- die **digitale Souveränität** der Menschen über ihre Daten erhalten unbedingt erhalten bleiben muss.
- der **Energieeinsatz** bei einer bilanzierten Betrachtung in jedem Einzelfall eines Projekts mitbetrachtet werden muss.
- die **Verwaltung** ihre Prozesse einfach und **bürger:innenfreundlich** gestalten und gleichzeitig für eine hohe **Transparenz und Nachvollziehbarkeit** ihrer Entscheidungen sorgen muss, das bedeutet einerseits eine stringente Digita-

lisierung der Verwaltungsvorgänge, andererseits aber weiterhin persönlicher Kontakt im Rathaus für Menschen, die nicht so selbstverständlich im Netz agieren.

- der **Netzzugang** grundsätzlich für alle Bürger:innen technisch **einfach** möglich und in der Regel **kostenfrei** sein muss. Wir unterstützen deshalb die Freifunk-Initiative und wollen den Ausbau der WLANs im Stadtgebiet weiter voran bringen.
- Die Digitalisierung und Vernetzung genutzt werden müssen, um den Bürger:innen **komfortable Angebote der Mobilität** zur Verfügung zu stellen, z.B. durch den Einsatz einer möglichst universellen App, die E-Carsharing, Bikesharing und Bus- und Bahnfahrpläne gut aufeinander abgestimmt zur Verfügung stellt, um den Verzicht auf die Nutzung des eigenen PKW zu erleichtern.

Ökologisch Bauen und Wohnen.

Die Kommunalpolitik gestaltet das Gesicht unserer Stadt. Das gibt uns die Chance, Nienburg zukunftsfähig zu machen. Um unsere Stadt lebenswert weiterzuentwickeln, streben wir **eine aktive und nachhaltige Stadtentwicklung** an.

Der Rat der Stadt Nienburg entscheidet über den Flächennutzungsplan und die daraus zu entwickelnden Bebauungspläne – und damit darüber, ob, wie und was gebaut wird. Er entscheidet darüber, wo Verkehrsflächen sind und wo Grünflächen bleiben. Der Rat der Stadt Nienburg entscheidet auch darüber, ob Bäume zu pflanzen sind und welches Gewerbe sich ansiedelt. Die Kommunalpolitiker:innen haben also die Möglichkeit zu entscheiden, dass unsere Stadt **grün, klimagerecht, zukunftsfähig und sozial gerechter** wird.

Diese Chance werden wir nutzen, indem wir umsetzen, was schon jetzt in den Gesetzen steht und was auf europäischer Ebene durch den „Green Deal“ angestrebt wird: eine klimawandel- und gendergerechte Stadtplanung.

Das wollen wir erreichen durch ...

Eine Selbstverpflichtung zur klimagerechten Stadtplanung

Alle Entscheidungen im Bereich Wohnung und Bauen sind nur zulässig, wenn sie der **Reduzierung der Erderwärmung** dienen. Durch die konsequente Umsetzung der bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten sichern wir Flächen und **Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen**. Wir GRÜNEN werden nur Bebauungspläne unterstützen, die durch ihre Festsetzungen dem Klimaschutz dienen und **Nienburg zukunftsfähig machen**.

Solare Stromerzeugung auf jedem Dach

Die Dächer der städtischen Gebäude und der städtischen Gesellschaften sollten vollständig zur Stromerzeugung mittels Photovoltaikanlagen und vertikaler Windräder eingesetzt werden. Durch **dezentrale** Stromerzeugung werden Leitungsverluste vermieden, Energiekosten gespart und Dächer gedämmt.

Wenn neue Baugebiete ausgewiesen werden, ist immer mit einem zusätzlichen Energiebedarf in der Stadt zu rechnen. Die Art der Energieerzeugung und die Höhe des Energiebedarfs kann bereits in der Bauleitplanung von der Stadt beeinflusst werden. Wir werden die Vorgaben des Baugesetzbuches konsequent anwenden und in Bebauungsplänen festsetzen, dass die nutzbaren Dachflächen der Gebäude und baulichen Anlagen zu mindestens 50 Prozent mit Photovoltaikmodulen zur Nutzung der Solarenergie ausgestattet werden.

Die Dachausrichtungen und Dachneigungen von Neubauten, auch im Gewerbe, werden in den Bebauungsplänen so festgelegt, dass eine **optimale Ausnutzung der Sonnenenergie** möglich ist. So kann durch die Ausnutzung aller Dachflächen für die Stromerzeugung klimaneutraler Strom vor Ort erzeugt werden.

Verhinderung und Aufbrechen von Versiegelung

Die zunehmende Versiegelung in den Stadtgebieten bei immer wärmeren Sommern und abnehmendem Wassergehalt des Bodens führt schon jetzt zum Absacken von Bestandsgebäuden. **Versiegelungen** müssen daher **zurückgebaut** und durch Versickerungsflächen ersetzt werden, damit langfristige Schäden rechtzeitig verhindert werden können. Nicht nur neuer Flächenverbrauch, auch die Bestandsversiegelung muss durch Grünflächen ausgeglichen werden, um den Wassergehalt im Boden in der Stadt Nienburg an die veränderten Klimabedingungen anzupassen. Die Bauleitplanung muss gewährleisten, dass die Flächen von Garagen, Carports und von Gewerbegebäuden mittels **Dachbegrünung** und **Photovoltaikanlagen** den Bedürfnissen der zukunftsfähigen Stadt angepasst werden.

Vorrang für innerstädtische Verdichtung

In einer wachsenden Stadt wie Nienburg muss die Innenstadtverdichtung mit Hilfe eines **Brachflächenkatasters** sowie der **Förderung von Altbausanierungen und Erweiterungen** von der Stadt vorangetrieben werden. Bestehende Bebauungspläne, die eine verdichtete Bebauung oder z.B. die Aufstockung von Gewerbegebäuden für die Wohnnutzung verhindern, müssen entsprechend angepasst werden.

Die Neuausweisung von Baugebieten wird nur unterstützt, wenn keine verwertbaren innerstädtischen Brachflächen vorhanden sind. Wenn neue Baugebiete dennoch notwendig werden, müssen diese als **Null-Emissions-Siedlungsgebiete** ausgewiesen werden. Jeder Neubau in Nienburg wird in Zukunft als **Passivhaus** errichtet und so den Anforderungen des klimagerechten Wohnens und Gewerbetreibens entsprechen. Der Bebauungsplan für die **Segelwiesen ist nicht zukunftsfähig** und muss umgehend angepasst werden.

Sorgsamen Umgang mit städtischen Grundstücken

Ein Grundstück kann nur einmal verkauft werden. **Städtische Grundstücke** müssen für **Daseinsvorsorge** genutzt werden. Der Bedarf an städtischen Grundstücken wächst auch in Nienburg. Schulen und Kindergärten, Naherholungsbereiche und Luftschneisen werden benötigt. Eine Bebauung der Wallanlagen für einen Schulbau lehnen wir ab und fordern die Verwendung anderer, bereits versiegelter städtischer Grundstücke für die Beschaffung ausreichender Schulräume durch Um- oder Neubauten. Grünflächen wie die Kinderwildnis müssen konsequent als Naherholungsgebiet „Grünes Band“ und grünes Klassenzimmer beplant und gesichert werden. Für die Bewohner:innen und Besucher:innen der Stadt werden so Flächen mit hoher Aufenthalts- und Erholungsqualität gesichert.

Preisgünstiges klimagerechtes Bauen

Wir wollen städtische Grundstücke als **Erbbaupachtgrundstücke** zur Verfügung stellen. Damit ermöglichen wir preisgünstigeres Bauen. Dies gilt auch für die Segelwiesen.

Auch der Nachweis von Stellplätzen stellt im innerstädtischen Bereich eine Belastung der Baukosten dar. Autofreies Wohnen muss gefördert und die Befreiung von dem Stellplatznachweis ermöglicht werden, wenn Plätze für Car-sharing und Lastenfahrradsharing ausgewiesen sind. Auch hier kann die GBN eine Vorbildfunktion einnehmen, indem sie ökologische Sanierung vorantreibt und Neubauten nur mit höchstem Energieeffizienzstandard realisiert.

Sozialgerechte Weiterentwicklung der Stadt

Im Hinblick auf die sozialen Strukturen unserer Gesellschaft ist eine der wichtigsten Fragen der Stadtentwicklung die Versorgung von Wohnungssuchenden mit **bezahlbarem Wohnraum**. Die Bebauungspläne müssen den Bedarf der Bevölkerung berücksichtigen und durch Festsetzungen sichern. Das bedeutet, dass bei Neubaugebieten 30 Prozent der Wohnfläche dem **sozialen Wohnungsbau** zur Verfügung stehen und dies durch den Bebauungsplan gesichert ist.

Der demografische Wandel auch in unserer Stadt erfordert darüber hinaus auch **neue Wohnformen für Ältere**. Für entsprechende Wohnprojekte müssen Wohnflächen in Bebauungsplänen verbindlich vorgesehen werden.

Hier sollte die GBN durch unterschiedlichste Wohnangebote in einem „Mehrgenerationenhaus“ Vorbildcharakter für andere Betreiber:innen oder zu bildende Baugenossenschaften von Mehrwohnungsbauten haben.

Der Nienburger Wohnraumbedarfsplan von 2016 muss fortgeschrieben werden.

Aktive Liegenschaftspolitik – Interimslösung für sozialen Wohnungsnotstand

Die Stadt Nienburg muss künftig eine aktive Liegenschaftspolitik betreiben und so zur zentralen Akteurin auf dem Wohnungs- und Flächenmarkt werden, auch um Leerstände in Wohn- und Gewerberaum zu verringern.

Um allen Bürger:innen einen Zugang zum Wohnungsmarkt in der Stadt zu ermöglichen, streben wir an, durch den Ankauf von **Belegungsrechten** eine Erhöhung der Wohnungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu gewährleisten, bis erforderliche Neubauten entstanden sein werden. Wir haben erkannt, dass die Stadt in Einzelfällen in Form von Bürgschaften die Möglichkeit schaffen sollte, den Abschluss eines Mietvertrages zu erleichtern, und werden gemeinsam mit den lokalen Akteuren in diesem Bereich Modelle zur Umsetzung hierfür erarbeiten.

Naturnahe Gestaltung der Stadt

Zum **Erhalt der Biodiversität** müssen naturnahe Privatgärten gefördert und die Vorgabe der niedersächsischen Bauordnung, wonach nicht bebaute Flächen begrünt werden müssen, durch entsprechende B-Pläne wirkungsvoll und mit Nachdruck durchgesetzt werden, um sogenannte **„Schottergärten“ zu verhindern**.

Auch die konsequente **Dachbegrünung** auf allen geeigneten Dächern und insbesondere in Neubaugebieten spielt eine wichtige Rolle beim Erhalt der Biodiversität und der Kompensation von Flächenverbrauch. Sie ist sinnvoll gegen

Starkregenereignisse, vermindert Lärm, kühlt an heißen Tagen und dämmt an kalten Tagen.

Angstfreie öffentliche Räume

Bei Dunkelheit und abnehmendem Publikumsverkehr fühlen sich viele Menschen – insbesondere Frauen und Mädchen – unsicher in der Stadt, besonders an schlecht beleuchteten Plätzen, in Tunneln, Parkhäusern und schwer einsehbaren Ecken. Dies gilt auch für Nienburg.

Um den Lebensraum in Nienburg an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen, fordern wir die Erstellung einer „**Safer City Map**“ seitens der Stadt. Alle Einwohner:innen sollen dadurch die Möglichkeit bekommen, Orte anzugeben, an denen sie sich unsicher fühlen. Diese Erfahrungen sollen dann unter verschiedenen Aspekten (Geschlecht, Alter, Mobilität und soziale Perspektive) bei Planung oder Umgestaltung öffentlicher Plätze und Parks, Straßen und Baugebiete mitgedacht und von Stadtentwickler:innen berücksichtigt werden.

Die teilweise bereits erfolgte Umstellung der **Straßenbeleuchtung** auf **LED** muss fortgesetzt werden, bis alle Straßenlaternen umgerüstet sind. Aus Gründen der Reduzierung des Energieverbrauchs und der Lichtverschmutzung setzen wir uns für eine Beibehaltung der nächtlichen Abschaltung der Straßenlaternen ein. **Smarte Lösungen** wie Bewegungsmelder können sichere Räume schaffen und so Umweltschutz und Sicherheitsbedürfnisse in Einklang bringen.

Klimagerechte Gewerbe- und Industriegebiete

Gewerbe- und Industriegebiete gehören zu einer Stadt wie Nienburg. Sie ermöglichen ein Leben in der „Stadt der kurzen Wege“. Dadurch werden Energie und Zeit gespart. Damit der Arbeitsplatz am Wohnort die Lebensqualität erhöht, muss verstärkt **nachhaltig wirtschaftendes Gewerbe** angesiedelt werden. Daher werden wir dafür arbeiten, dass auch für gewerblich genutzte Flächen nur die Versiegelung zugelassen wird, die absolut unvermeidbar ist, Kreislaufwirtschaft („cradle to cradle“) gewährleistet wird und die An- und Ablieferung nicht zu einer Zunahme des Verkehrs auf der Straße führt.

Das geplante sogenannte „Logistikzentrum Süd“ im Bereich Schäferhof erfüllt diese Kriterien nicht. Die vorhandenen Gewerbe- und Industriegebiete müssen durch übergemeindliche Planungen so raumschonend wie möglich ausgestaltet werden und Bebauungspläne den heutigen Bedürfnissen angepasst werden. Hier müssen in Zusammenarbeit mit den ansässigen Gewerbetreibenden **Möglichkeiten von Rückbauten und Nachrüstungen** erarbeitet werden, um die Belastungen der benachbarten Grundstücke zu verringern. Vorhandene Lärm-, Licht-

Geruchs- und Feinstaubbelastungen müssen reduziert und weitere vermieden werden.

Digitale Plattformen der Bürgerbeteiligung

Die Einbeziehung digitaler Plattformen kann viele verschiedene Menschen ins Gespräch bringen. Deshalb müssen bestehende **Beteiligungsformen um digitale Angebote ergänzt** werden. Hierbei sind in besonderem Maße Jugendliche und junge Erwachsene mit einzubeziehen. Der Austausch verschiedener Lebenswirklichkeiten und Bedürfnisse kann über Online-Treffen barrierefreier gelingen und so bessere Ergebnisse bei der Bauleitplanung erzielen. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit streben wir eine Verpflichtung der Stadt Nienburg an, im Rahmen eines digitalen Austausches in Zusammenarbeit mit dem Jugendrat insbesondere jüngere Bürger:innen aktiv in die Gestaltung ihres Lebensraumes mit einzubeziehen.

Nachhaltig mobil sein.

Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem die Treibhausgasemissionen seit 1990 nicht abgenommen haben. Deshalb ist die Verkehrspolitik eines der größten politischen Handlungsfelder auch in Nienburg, einer „Stadt der kurzen Wege“, d.h., den **Umstieg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf Fahrrad und ÖPNV** voranzutreiben, und da, wo der Individualverkehr notwendig ist, diesen so nachhaltig wie möglich zu gestalten.

Der **innerstädtische Verkehr** muss vordringlich für die Bedürfnisse jener Menschen geplant werden, die ohne PKW mobil sein wollen oder müssen und deren Alltagsmobilität mehr umfasst als Pendelfahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

Wir GRÜNEN werden daher im Rat der Stadt Nienburg eine Verkehrsplanung aus der Sicht von Menschen betreiben, die zu Fuß gehen, mit dem Fahrrad fahren oder mit dem Rollstuhl mobil sind. Die Wege und Aufenthaltsorte, die Abstellflächen, die Lade- und Reparaturmöglichkeiten für Fahrräder und E-Bikes müssen den Bedürfnissen der Radfahrenden und Fußgänger:innen angepasst werden. Dazu muss ein **integriertes Verkehrskonzept** mit externen Fachleuten entwickelt werden.

Zu Fuß

Das Zu-Fuß-Gehen ist die Wiege der Mobilität und zugleich die einfachste, effektivste und kostengünstigste körperliche Bewegung. Mit keinem Verkehrsträger können zeitlich so viele Menschen bewegt werden wie beim Gehen. Zufußgehen braucht attraktive Gehwege.

Deshalb wollen wir ...

- ein **Fußverkehrskonzept** in die verkehrliche Planung integrieren, bei dem es nicht zuletzt auf den Wohlfühlfaktor des öffentlichen Raumes ankommt: mit Grünstreifen in Abgrenzung zur Fahrbahn, Baumreihen, Bänken etc..
- zur **Stärkung der Sicherheit** prüfen, wo zusätzliche Mittelinseln, Zebrastreifen oder Bedarfsampeln sinnvoll und notwendig sind.
- ein **Beleuchtungskonzept mit Bewegungsmeldern** für Fußwege abseits von verkehrsreichen und sozial einsehbaren Räumen.
- das **Zuparken der Gehwege** künftig wirksam **verhindern**.

Mit dem Rad

Das Leitbild der autogerechten Stadt gehört ins Museum. Nicht der aktuelle, sondern der zukünftig zu erwartende Mobilitätsmix muss Grundlage der verkehrlichen Erschließung und des Ausbaus der Infrastruktur sein. Wir streben dabei eine „**Fahrradstadt Nienburg**“ an und wollen den **Radverkehrsanteil in der Stadt bis 2030 auf 25 Prozent steigern**.

Das bedeutet:

- Das Radwegekonzept muss mit Unterstützung eines externen Fachbüros zu einem **Radverkehrskonzept** weiterentwickelt und zügig umgesetzt werden, mit Vorschlägen für die grünen Routen (R-Wege) und den Alltagsrouten an den Magistralen und kraftfahrzeugfreien Abschnitten.
- Wichtig ist auch die schnelle Erreichbarkeit der Innenstadt von allen Ortsteilen aus, z.B. durch „**Expressfahrradrouten**“, die Fahrradfahrenden durch günstige Ampelschaltung und klare Verkehrsführung mit Vorrang an Querungen eine zügige Fahrt ermöglichen.

- Zum „Monitoring“ der Radwege muss ein **Radwegzustandskataster** erstellt werden, mit dem Radwege abhängig von ihrem Zustand sukzessive instandgehalten werden können. Dabei soll immer geprüft werden, ob statt der Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands eine **erhebliche Verbesserung** erfolgen kann, z.B. durch eine Verbreiterung des Radweges zur Nutzung in beiden Fahrtrichtungen und zum gefahrlosen Überholen oder physische Barrieren zwischen Straße und Schutzstreifen.
- Die **Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Radwege** müssen erheblich gesteigert und die dafür zuständigen personellen Ressourcen in der Verwaltung – auch für deren Pflege – ausgebaut werden. Der Radverkehr braucht eine klare Entwicklungsperspektive und muss durch eine:n Radverkehrsbeauftragte:n ein Schwerpunkt von Verwaltungshandeln werden!
- Wo der Autoverkehr an viel befahrenen Straßen mit mehr als 30 km/h unterwegs ist, wollen wir einen **separat geführten Fahrradweg** oder einen ausgewiesenen, **ausreichend breiten Fahrradstreifen** realisieren – nötigenfalls auch durch Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr.
- Um die Gefahren für Radfahrer:innen durch rechts abbiegende PKW und vor allem LKW zu reduzieren, setzen wir auf **getrennte Ampelschaltungen für den Radverkehr** und den motorisierten Individualverkehr.
- Zugeparkte Fahrradwege behindern nicht nur, sie machen den Radverkehr auch unsicher. Dieses Verhalten wollen wir daher wirkungsvoller ahnden lassen.
- **Fahrradwege** sind **im Winter** zumindest genauso zügig wie Straßen zu **räumen**.
- Auch Alltagsradwege abseits von Straßen müssen beleuchtet werden – hier setzen wir auf intelligente, mit Bewegungsmeldern **gesteuerte Beleuchtungen**.
- Die **Fahrradparkplätze** müssen insbesondere an stark frequentierten Orten, an Haltestellen sowie in dicht besiedelten Wohngebieten ausgebaut werden – nötigenfalls sind Autoparkplätze entsprechend umzuwidmen.
- Zur Schaffung **attraktiver Fahrrad-Abstellmöglichkeiten** wollen wir Teilbereiche der bestehenden **Parkhäuser** für Fahrräder reservieren und entsprechend ausgestalten. Die Abstellanlagen müssen auch für Pedelecs geeignet und sicher sein.

- Damit auch Mitarbeiter:innen der öffentlichen Verwaltung für erforderliche dienstliche Fahrten das Fahrrad nutzen können, wollen wir **mehr Diensträder** zur Verfügung stellen.
- Weil nicht jeder größere Transport eines PKW bedarf, wollen wir die Nutzung von Lastenrädern für Hausgemeinschaften oder Nachbarschaften fördern und ein **Leihsystem für Lastenräder** etablieren.
- Der **Weserradweg** hat als Fernradweg eine herausragende Bedeutung für den Tourismus in der Stadt Nienburg. Hier müssen ein barrierefreier und angemessen befestigter Radweg direkt an der Weser sowie sichere und bequeme Fahrradunterstellmöglichkeiten in der Innenstadt angeboten werden.
- Die Angebote für **Fahrradreparaturstationen** müssen ausgebaut und in der Bauleitplanung berücksichtigt werden, um ein möglichst flächendeckendes Angebot in der Stadt zu schaffen.

Mit dem ÖPNV

Ergänzend zur Verbesserung der Situation für zu Fuß gehende und mit dem Rad fahrende Menschen muss das sehr erfolgreiche **Stadtbus-System** erhalten und weiter gefördert werden, da es für den Schüler:innenverkehr und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (Rollator, Kinderwagen etc.) oder auch nur als Mobilitätsalternative bei schlechtem Wetter unerlässlich ist.

Dazu müssen ...

- die **Fahrtzeiten des Stadtbusse**s in den Abendstunden – sowohl an Werktagen als auch Samstagen – zumindest im Stundentakt **verlängert** werden und durch kostengünstige Ruftaxiangebote in nutzungsärmeren Zeiten **ergänzt** werden.
- die **Stadtbus-Tickets sozialverträglich** gestaltet und die Altersgrenze für ermäßigte Karten auf 18 Jahre erhöht werden, um auch für Jugendliche einen Anreiz zur Nutzung des ÖPNV zu schaffen.
- der **barrierefreie Ausbau aller Bushaltestellen** im Stadtgebiet vorangetrieben und zügig abgeschlossen werden.
- die Fahrzeuge so schnell wie möglich auf **alternative Antriebstechnologien** umgestellt werden.

- Langfristiges Ziel zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs in Nienburg ist den Bürger:innen ein **umlagefinanziertes Angebot zur fahr-scheinlosen Nutzung des Stadtbus** zu machen. Zur Vorbereitung eines solchen Vorhabens sollten regelmäßige Aktionstage stattfinden, an denen Bürger:innen die Vorzüge fahrscheinloser Busfahrten kennenlernen können.

Zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs gehören auch verbesserte Bahnverbindungen in Richtung Hannover und Richtung Bremen, häufige und schnelle Verbindungen sowie attraktive Verbund-Tarife.

Hierfür müssen ...

- eine **Beteiligung der Stadt und des Landkreises am Verkehrsverbund der GVH** angestrebt werden, um Fahrten in die Landeshauptstadt durch günstigere Tarifgestaltung zu erleichtern.
- **kostengünstige Anbindungen Nienburgs an die Regio-S-Bahn Bremen/Niedersachsen** angestrebt werden.
- diese Forderungen im Zuge der geplanten baulichen Maßnahmen der Deutschen Bahn schwerpunktmäßig verfolgt werden. **Zusätzliche Haltepunkte** zum Beispiel in Holtorf und in Langendamm verbessern so die Anbindung der Ortsteile an die Kernstadt sowie der Stadt insgesamt an das Schienennetz.

Mit dem Auto

Im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin eine Bedeutung haben. Er muss jedoch nachhaltiger und langfristig reduziert werden.

Deshalb wollen wir ...

- **Car-Sharing Konzepte** entwickeln und unterstützen und in Neubaugebieten Car-Sharing-Konzepte direkt mit einplanen, um die Anzahl der privaten PKWs zu reduzieren.
- das geltende **Verkehrsberuhigungskonzept von Tempo 30** in den Wohnbereichen und Tempo 50 nur auf den Hauptverbindungen stärker durchsetzen. Das bedeutet, dass nach der gesetzlichen Vorgabe grundsätzlich in der Stadt

„Rechts vor Links“-Regelungen gelten. Außerdem müssen bauliche Maßnahmen auf und an den Straßen ergriffen werden.

- Straßen wie den Nordertorstriftsweg, in denen eine hohe Frequenz von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen herrscht, zu **gemeinschaftlich genutzten Straßenräumen** umgestalten, in dem sich die Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt und mit gegenseitiger Rücksichtnahme bewegen.
- **die Pflege und Optimierung von bestehenden Straßen vorrangig** vor Neubau durchführen. Wir lehnen die geplante Nordumgehung der B215 ab und schlagen **alternative Lösungen zur jetzigen** Verkehrssituation vor. Durch die von der Bahn geplante Verstärkung des Güterverkehrs durch die Stadt ist eine **Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene** in unserer Region zu erwarten, die den Neubau einer Ortsumgehung überflüssig macht.
- durch **Rückbau von durch Neubau entlastete Straßen** (z.B. der Hannoverschen Straße und des Berliner Rings durch Bau des Südrings) einen Ausgleich und Anreiz zur Nutzung der neuen Straßen schaffen. Dieser Rückbau muss einhergehen mit einer Verbesserung der Radwegesituation in diesem Bereich.
- zur **Förderung der Nutzung alternativer Antriebstechnologien bei PKW** mehr öffentliche Ladestationen für Elektroautos auf städtischen Parkflächen sowie kostenlose „emissionsfreie Parkplätze“ einrichten. Als Vorbild für die autofahrenden Bürger:innen sollte die Stadt Nienburg/Weser ihren Fuhrpark (einschließlich der Stadtbusse) elektrifizieren.

Freizeit, Erholung und Sport.

Eine lebenswerte Stadt zeichnet sich nicht nur durch ausreichenden Wohnraum und attraktive Arbeitsplätze aus. Sie muss zudem für Freizeit- und Sportangebote sorgen, die **für alle Generationen** einladend sind. Nur so bleibt unsere Stadt als Wahlheimat für junge Familien genauso interessant wie für Senior:innen.

Das wollen wir erreichen durch ...

Attraktive Schwimmbäder für alle Generationen

Das Ganzjahresbad Wesavi ist angelegt als Gesundheits- und Wellnessbad und dadurch in erster Linie für Erwachsene attraktiv. Um die Abwanderung von Familien mit Kindern sowie Jugendlichen in andere Bäder zu verhindern, müssen auch diese Zielgruppen stärker in den Fokus rücken. Dazu könnte bereits die **Absenkung des Eintrittsgeldes** für Kinder und Jugendliche beitragen.

Schwimmen lernen ist für Kinder lebenswichtig und muss deshalb umfassend auch im Wesavi ermöglicht werden. Neben dem **Ausbau der Schwimmkurse** sind weitere **attraktive Bewegungsangebote** für Kinder und Jugendliche (z. B. eine Rutsche oder ein Aquacross-Seilgarten über dem Übungsbecken) notwendig.

Ergänzend dazu setzen wir uns klar für den **Erhalt des Freibades am Dobben** im Ortsteil Holtorf ein. Insbesondere heiße Sommertage zeigen, dass der Bedarf durch das Wesavi allein nicht gedeckt werden kann. Die künftige Entwicklung ist vorrangig durch **Modernisierung der Infrastruktur** des Bades auf der Grundlage bereits erstellter Gutachten und weitere Unterstützung des Fördervereins zu begleiten.

Sportplätze modernisieren statt ersetzen

Unsere Stadt bietet durch die Vielzahl an Sportvereinen ein sehr umfassendes Angebot für Sporttreibende. Damit dies auch in Zukunft der Fall ist, wehren wir uns gegen jedes Vorhaben, welches das Angebot an **wichtigen und gut erreichbaren Sportplätzen** reduziert. Für die Schüler:innen der städtischen weiterführenden Schulen ist das Stadion an der Mindener Landstraße fußläufig gut erreichbar und sollte möglichst erhalten bleiben.

Dabei gilt für uns die Devise: **Modernisieren statt ersetzen!** Diverse Sportplätze befinden sich seit Jahrzehnten in einem schlechten Zustand. Wir setzen uns dafür ein, die **finanziellen Mittel** für die Modernisierung von Sportplätzen zu **erhöhen**.

Erlebnisräume für Kinder

Spielplätze für Kinder sind in unserer Stadt leider von Verfall geprägt. Kinder benötigen ausreichende und vor allem **erlebbare Spielflächen**, insbesondere wenn Zuhause kein Garten vorhanden ist. Spielplätze sind **Lebens- und Lernräume** für Kinder, die neben spielerischem Ausprobieren auch der Selbsterfahrung und dem Gestalten sozialen Miteinanders von Kindern aller Befähigungen

und Altersstufen dienen – und deren soziale und natürliche Entwicklung fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass **Kinderspielplätze stärker in den Fokus** rücken. Sie sollen nicht nur gepflegt und gelegentlich instandgehalten, sondern **konsequent modernisiert** und mit pädagogisch fördernden und fordernden Spielgeräten ausgestattet werden.

Einrichtung von Hundewiesen

Viele Hunde haben einen ausgeprägten Bewegungsdrang, den sie bei Besitzer:innen ohne oder nur mit einem kleinen Garten nicht voll ausleben können.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass im Stadtgebiet mehrere **umzäunte Hundewiesen** oder -areale geschaffen werden, in denen Hunde **freien Auslauf** erleben. Damit wird die Stadt nach der Erhöhung der Hundesteuer in der vergangenen Wahlperiode auch für Hundebesitzer:innen wieder attraktiver. Eine weitere **Erhöhung der Hundesteuer** halten wir für **unsozial** und lehnen sie deshalb ab.

Zukunftsfähig und nachhaltig lernen.

Bildung ist die Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und optimale Bildungschancen bereitgestellt werden.

Dies sehen wir nur in einem **integrativen Schulsystem** verwirklicht, weswegen wir alle Initiativen auf städtischer Ebene unterstützen, die auch im Sekundarbereich I die Einrichtung integrativer Systeme über die gegenwärtige Oberschule hinaus anstreben.

Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, aber auch die Stadt steht in der Verantwortung für zeitgemäße Vorschul- und Schulbildung.

Die Stadt hat die Verantwortung für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen und für die strategische Schulentwicklungsplanung in ihrem Entscheidungsbereich.

Dafür muss in der Stadt Nienburg ...

- das Angebot an **Kita- und Krippenplätzen** zügig weiter **bedarfsgerecht** ausgebaut und die Einrichtung von Betriebskindergärten gefördert wird.
- die **Personalausstattung** in Kitas mit qualifizierten Erzieher:innen verbessert werden; angesichts des massiven Fachkräftemangels müssen unsere Kitas deshalb ein attraktiver Arbeitsplatz sein.
- durch eine **Staffelung der Kitabeiträge oder eine Befreiung** für wirtschaftlich benachteiligte Familien und Alleinerziehende die Teilnahme am Betreuungsangebot der Stadt erleichtert werden.
- der **Weg** zur Kita und den Grundschulen in den jeweiligen Einzugsgebieten durch die Verkehrsführung **sicherer** und „Elterntaxis“ überflüssig gemacht werden.
- zügig ein geeigneter Standort für die **Grundschule Nordertor** im nördlichen Stadtgebiet realisiert wird, der auch hier einen sicheren Schulweg für die Kinder im Einzugsgebiet ermöglicht und „Elterntaxis“ überflüssig macht.
- durch **Förderung von außerschulischen Lernorten** (z. B. Kinderwildnis, Klimawald, Bibliothek, Museum, Archiv) das Umweltbewusstsein und die Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Kitas und Schulen gestärkt werden.
- die Sanierung und Neugestaltung der **beiden städtischen Gymnasien** durch eine lernfördernde und jugendgerechte Ausstattung der Räume wie der Außenanlagen sowie baulichen Voraussetzungen für Ganztagsangebote (inklusive Mensa) und eine Kooperation beider Einrichtungen vorangetrieben werden.
- **inklusives und barrierefreies Lernen** grundsätzlich in allen Kitas und Schulen möglich sein.
- die **Digitalisierung in allen Schulen** vorangetrieben und digitales Lernen auch von Zuhause aus durch eine zeitgemäße IT-Ausstattung an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen ermöglicht werden; dazu gehören ein leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassenräumen, eine moderne Ausstattung der Klassenräume, hochwertiger technischer Support, ausreichend geeignete Endgeräte zum Ausleihen für Familien, die nicht darüber verfügen, und nicht zuletzt, Arbeitsplätze für die Lehrer:innen.
- **gesundes und ausgewogenes Essen** aus regionalem und ökologischem Anbau für unsere Kinder angeboten werden.

Klare Kante gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Wir wünschen uns Nienburg als **weltoffene und bunte Stadt**, in der eine friedvolle Verständigung von Menschen aller Kulturen, Lebensentwürfe, Religionen und Generationen und deren Integration selbstverständlich ist – als Chance zur gegenseitigen Bereicherung aller, die hier leben.

Wir beobachten derzeit vielerorts ein Erstarken rassistisch motivierter Gewalt. Wir wollen daher eine **Erklärung der Stadt Nienburg** herbeiführen, mit der sie sich ausdrücklich gegen jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit positioniert. Es ist unbedingt nötig, sich **aktiv antirassistisch zu positionieren**; denn sich nicht klar gegen Unrecht auszusprechen bedeutet, es indirekt mit zu befördern. Vielfalt und Vielstimmigkeit macht Nienburg aus. Um **weltoffen und divers** zu sein, muss die Kommune für alle Entscheidungsträger:innen Fortbildungen zur Reflexion und konkrete Handlungsempfehlungen anbieten.

Jedes politische Handeln beruht auf der Gewissheit der **Gleichwertigkeit aller Menschen**. Wir wenden uns gegen jedwede Form des Ausschlusses und der Ungleichbehandlung von Menschen, die nicht einer vermeintlichen Norm entsprechen.

Wir setzen uns dafür ein, **Geflüchteten eine sichere Heimat** zu bieten, bevor diese wieder in ihre Länder zurückkehren können oder Teil unserer Gesellschaft werden. Wir sehen es als gemeinsame **Aufgabe aller Bürger:innen** an, sich von rassistischen Praktiken und Äußerungen zu distanzieren. Rassismus, Ausgrenzung und Integration geht uns alle an und bestimmt das Leben aller Nienburger:innen, nicht nur derjenigen, die diesen Handlungen ausgesetzt sind.

In diesem Sinne halten wir an der Trägerschaft für den **Elisabeth-Weinberg-Preis** und der Mitgliedschaft im Weser-Aller-Bündnis engagiert für Demokratie und Zivilcourage e.V. (**WABE** e.V.) sowie der Unterstützung für „**Weserbeat**“ und insbesondere Jugendgruppen wie „**Against Racism**“ fest.

Kulturvielfalt stärken – Kultur für alle.

Auch die Bevölkerung in Nienburg ist – durch eine sich verändernde Altersstruktur in der Bevölkerung einerseits und aus anderen Ländern zugewanderten Bevölkerungsgruppen andererseits – vielfältiger geworden: Viele ältere Mitbürger:innen möchten ebenso an kulturellen Angeboten teilhaben wie junge Menschen, deren veränderte Seh- und Hörgewohnheiten das Bedürfnis nach **neuen kulturellen Formaten** geweckt haben. Hinzu kommt, dass in unserer Gesellschaft soziale und kulturelle Ausgrenzung noch viel zu oft Hand in Hand gehen. **Kultur darf kein Luxusgut** für wenige, sondern muss wichtiger Bestandteil einer offenen, bunten Stadt sein. Deshalb gilt es, die über Jahrzehnte in Nienburg entstandene vielfältige Kulturarbeit nachhaltig zu sichern und auszubauen.

Unsere wesentlichen Ziele dabei sind:

- Die **Förderung der vielfältigen kulturellen Angebote** durch Vereine und freie Träger
- Die Einbindung möglichst vieler Bürger:innen, auch durch Stärkung und Qualifizierung **bürger:innenschaftlichen Engagements**
- Die **Umgestaltung der Bibliothek** zu einer modernen **kulturellen Begegnungsstätte** („Dritter Ort“), als Teil eines zentralen Synergieprojektes zusammen mit dem Archiv, in der Kinder und Jugendliche vielfältige Medienangebote erhalten und außerschulische Arbeitsplätze finden können, Lesepatenschaften mit nicht muttersprachlichen Neubürger:innen gepflegt werden können, Literatur- und Gesprächszirkel stattfinden können, Lernorte für Studierende bereitgestellt werden und die Kooperation mit den Universitätsbibliotheken in Hannover und Bremen ausgebaut wird.
- Die Stärkung und Erweiterung des Archivs in seiner Bedeutung für die Erinnerungskultur z.B. durch die **Errichtung eines Bürger:innenarchivs**
- Die **institutionelle Absicherung von Kultureinrichtungen** wie Theater, Museum, Musikschule und Kulturwerk. Nur so können sie ihre eigenständigen Profile erhalten und weiterentwickeln und sich im Interesse der kulturellen Vielfalt in den Angeboten gegenseitig ergänzen. Der Besuch dieser Einrichtungen muss allen interessierten Bürger:innen **kostengünstig und barrierefrei** ermöglicht werden.

- Der Rockinitiative und anderen Akteur:innen in der Stadt müssen in geeigneten Liegenschaften Proberäume zur Verfügung gestellt werden, die es den Aktiven der Musikszene ermöglichen, sich auszuprobieren, laut zu sein und ihre Kultur leben zu können.
- Die stärkere **Öffnung von Orten der Kultur durch Initiierung demokratischer Prozesse** und Begleitung politischer Entwicklungen – gerade auch auf der kommunalen Ebene. Im Hinblick auf die Integration zugewanderter Mitbürger:innen kommt der Kultur eine wichtige Rolle zu, wenn sie nicht als Einbahnstraße gesehen wird, sondern auch die **vielfältige Kultur** der Herkunftsländer mit einbindet.
- Die **Förderung der Städtepartnerschaften** sowie die internationalen städtischen Beziehungen in ein solches kulturelles Konzept zu integrieren
- Die Unterstützung für **kulturelle und integrative Initiativen im Bereich der Jugendarbeit**
- Die **Belebung öffentlicher Plätze/Orte** mit thematischen Kulturprojekten (Freibad Am Dobben) oder jahreszeitlichen Naturevents (Ernst-Thomas-Platz u.a.)

Kommunale Sozialpolitik.

Um sozialen Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen, Vermögen, Bildung und Chancen entgegenzuwirken, wollen wir eine kommunale Sozialpolitik voranbringen, die **allen Einwohner:innen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** ermöglicht und Orte sowie Angebote erhält, die dies gewährleisten.

Das heißt für uns:

- Wir setzen uns ein für **bezahlbaren Wohnraum für alle** – insbesondere durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft GBN – und fordern die gemeinsame Entwicklung einer **städtischen Wohnungsnotfallplanung** mit relevanten Akteur:innen, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden und präventiv tätig zu werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die **Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit** in allen Lebensbereichen Selbstverständlichkeit werden kann. Dafür

brauchen wir ausreichende Kinderbetreuung, familienfreundliche Angebote sowie Unternehmen, die mit zukunftsorientierter Personalpolitik dazu beitragen.

- Wir setzen uns ein für die **Förderung bürger:innenschaftlichen Engagements** in Vereinen und Initiativen sowie deren Erhalt.
- Wir fordern die langfristige **Förderung und Verstetigung vorhandener sozialer Beratungs- und Hilfsangebote** in unserer Stadt (z.B. Mütterzentrum, Frauen- und Mädchenberatungsstelle, Angebote und Beratungsstellen für Migrant:innen und Zugewanderte, Koordinierungsstelle frau+wirtschaft sowie Beratung im Quartier, Freiwilligenagentur u.a.)
- Wir fordern eine Erweiterung der ÖPNV-Infrastruktur in unserer Stadt und setzen uns für eine **sozial verträgliche Preisstruktur der Stadtbus-Tickets** ein. Langfristiges Ziel muss ein **fahrscheinloses ÖPNV-Angebot** sein.

Frauen und Gleichstellung.

Gleichstellungspolitik trägt den Lebensrealitäten aller Geschlechter Rechnung. **Geschlechtergerechtigkeit** betrachten wir darum als Querschnittsaufgabe: Sie fließt ein in die Entscheidungen und Gestaltungsprozesse aller Politikfelder. Wir fordern **Gendersensibilität** als gesellschaftliche Norm – mit dem Fokus darauf, dass sie zum Abbau struktureller Benachteiligungen von Frauen und Mädchen beiträgt und den Abbau tradierter Rollenmuster fördert.

Unsere Forderungen:

- Die Bewusstseinsbildung in Schulen und Kitas zum Abbau stereotyper Rollenbilder sowie **Sensibilisierungskampagnen** (Beispiel: Kampagne „Mehr Frauen in die Feuerwehr – mehr Männer in die Kita“ u.a.)
- Die **Stärkung von Mädchenarbeit** innerhalb der Jugendarbeit (in Jugendhäusern/-treffs) und in Vereinen (Sportvereinen, Feuerwehr, THW etc.)
- Eine **geschlechtergerechte Personalentwicklung** auf allen Hierarchieebenen der kommunalen Verwaltung
- Die Implementierung einer **gendergerechten Schriftsprache** in allen Verwaltungsbereichen und behördlichen Briefen sowie Veröffentlichungen

- Die **Berücksichtigung der Lebenswelten von Frauen** in Stadtplanung und Mobilitätskonzepten
- Die **Freigabe von Ressourcen** für mehr externe Netzwerkarbeit und Kooperation im Stellenprofil der Gleichstellungsbeauftragten
- Die **paritätische Besetzung** von Gremien und Arbeitskreisen der Stadt (Ratsausschüsse, Jugendrat, Senior:innenbeirat, Arbeitskreis Innenstadtentwicklung, Krisenstab Pandemiebekämpfung u.a.)
- Die Umsetzung des 2018 in Deutschland in Kraft getretenen Istanbul-Konvention zur **Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** und häusliche Gewalt auch in Nienburg. Die Verantwortung dafür liegt auch bei den Kommunen.
- Die **finanzielle Absicherung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten** für von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen sowie die **Finanzierung von Präventionsarbeit und Gewaltschutzkampagnen**.

Diversität und Gender.

Das Thema Gleichstellung umfasst inzwischen ein weites Spektrum unterschiedlicher Lebensentwürfe und -realitäten. Eine offene Stadt ist ein Ort, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (kurz: LSBTI*) mit unterschiedlichen Lebensformen und Identitäten die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.

Wir setzen uns ein ...

- für den **Abbau struktureller Benachteiligung** von LSBTI*
- für den Abbau stereotyper Rollenbilder sowie **Sensibilisierungskampagnen zum Abbau von Vorurteilen** gegenüber LSBTI*
- für **Antidiskriminierungsinitiativen**, die sich gegen Homophobie, Transfeindlichkeit u.a. engagieren.
- für **gleiche Rechte und Respekt für Regenbogenfamilien** (gleichgeschlechtliche Familien mit Kindern) und deren Verankerung bei Behörden und bestehenden Beratungsstellen.

- für die **Erweiterung des Aufgabenfelds** der Gleichstellungsbeauftragten um LSBTI*.
- für **Beratungsangebote** für LSBTI* in Nienburg.

Demokratie auf kommunaler Ebene stärken.

Die Kommunalpolitik muss die Interessen und Wünsche von Bürger:innen aufnehmen und als **Chance für die Gesellschaft** begreifen. **Mitbestimmung und Teilhabe** darf sich nicht auf die einmalige Stimmabgabe alle fünf Jahre an der Wahlurne beschränken. Alle Bürger:innen müssen die Chance haben, an wesentlichen politischen Entscheidungen des Rates teilzuhaben, um die Akzeptanz zu erhöhen. Politiker:innen müssen ihre Entscheidungen den Menschen **transparent und nachvollziehbar** machen, um Zustimmung zu erhalten.

Unsere Vorstellungen dazu sind:

- (Halb)jährliche **Bürger:innen-Versammlungen** in den Orts- und Stadtteilen. Die Bürger:innen können die Tagesordnung ergänzen, so dass ihre Anliegen auch in der Versammlung zur Sprache kommen. Empfehlungen der Versammlung müssen von der Verwaltung in den Stadtrat eingebracht werden. Insbesondere bei langfristigen und teuren Projekten ist eine Beteiligung im Vorfeld wichtig, um den Projektverlauf zu erleichtern und unnötige Kosten zu vermeiden.
- Die vom Gesetzgeber vorgesehene **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** an allen für sie relevanten Entscheidungen der Kommune muss ausgebaut werden. Denkbar wären hier z. B. regelmäßige Sprechstundenangebote der Verwaltung für Kinder, deren Ergebnisse in die politischen Gremien berichtet werden. Weiterhin fordern wir, die **Kompetenzen** des bereits existierenden **Jugendrates auszubauen** und ihm mehr Mitspracherecht anzuerkennen. Denkbar wäre eine automatische Befassung in der Beratungsfolge mit allen Ratsvorlagen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Der Jugendrat hätte dann die Möglichkeit, Änderungen und Ergänzungen an Vorlagen vorzunehmen, zu denen die Verwaltung abwägend Stellung beziehen muss – wie in den Ausschüssen des Rates.

- Eine **webbasierte Plattform** als Raum für Gestaltung und Werkstatt direkter Bürger:innen-Beteiligung. Dabei können Bürger:innen, unabhängig vom politischen Tagesgeschäft, Ideen für die Stadt und für deren zukünftige Entwicklung einbringen. Die Mitmenschen unserer Stadt sollen dabei aktiv mitwirken können. Um den Stadtratsmitgliedern einen besseren Überblick über die Wünsche der Einwohner:innen zu verschaffen, können auch Anträge der Stadtratsfraktionen als Meinungsbild von Bürger:innen unterstützt, kommentiert und mit Anregungen verbessert werden.

Moderne Verwaltung.

Eine moderne Verwaltung muss **Dienstleisterin und Partnerin der Bürger:innen** sein. Dazu muss sie **personell und technisch gut ausgestattet** sein. „Moderne“ Verwaltung steht für Bürger:innennähe, kurze Wege, höhere Qualität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse. Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten der Digitalisierung an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung muss besser, dynamischer und niederschwelliger werden – und den Bürger:innen näherkommen.

Der **digitale Behördengang** muss durch seine Ausgestaltung **barrierefrei** und für möglichst alle Menschen beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleistungen unserer Stadt Nienburg auch weiterhin in vollem Umfang analog zur Verfügung stehen.

Dazu wollen wir ...

- Mit einer **E-Government-Strategie für Nienburg** dafür sorgen, dass alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleistungen spätestens Anfang 2023 digital angeboten werden. Der Datensicherheit wird dabei höchste Priorität eingeräumt.
- Ein **digitales Informationsmanagement**, mit dem alle bei der Verwaltung vorliegenden Daten gebündelt und effizient nutzbar gemacht werden, statt Bürger:innen wie Unternehmen abzuverlangen, diese immer wieder neu beizubringen.

- Die Mitarbeiter:innen müssen konsequent für die **Aufgaben einer digitalen Verwaltung Fortbildungsmöglichkeiten** erhalten und diese nutzen können.
- Mit einer **Nienburg-App** Informationen über regionale Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Adressen von Vereinen und Unternehmen zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, Termine bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen zu buchen.
- Das **Streaming der öffentlichen Ratssitzungen** im Internet, um größtmögliche Transparenz politischer Entscheidungen herzustellen.
- Bei allen Aktivitäten der Verwaltung die **Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards** (faire Beschaffung). Waren und Dienstleistungen, die in der Region verfügbar sind, sollen prioritär auch regional eingekauft werden.
- Die **Umsetzung aller sich aus dem aktuellen Gleichstellungsbericht der Stadt Nienburg ergebenden Maßnahmen**, um Defizite innerhalb der städtischen Verwaltung im Bereich der Gleichstellung abzubauen. Dazu gehört eine **geschlechtergerechte Personalentwicklung**, wie die Förderung von Frauen für Führungs- und Leitungsaufgaben sowie die Implementierung geschlechtergerechter Sprache in allen Verwaltungsbereichen und Veröffentlichungen.

Nachhaltig wirtschaften.

Eine vielfältige Wirtschaft vor Ort ist notwendig, um gute Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. **Umweltbelange und Klimaschutz** spielen bei der Ansiedelung und Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes Nienburg eine zentrale Rolle, denn nur so können langfristig und nachhaltig **Wertschöpfung und Arbeitsplätze zum Wohle der Kommune** entstehen und gesichert werden. Wir wollen Nienburgs Wirtschaftskraft für die Menschen dieser Stadt stärken.

Deshalb treten wir ein für ...

- eine **vorrangige Nutzung der bestehenden Gewerbe- und Industriegebiete** und fordern eine enge **Kooperation mit den Nachbargemeinden** zur gemeinsamen Nutzung von entsprechenden Arealen, um den Flächenverbrauch zu minimieren. Kooperation ist im Sinne der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes wichtiger als Konkurrenz.
- eine **Entflechtung von Wohn- und Gewerbegebieten** dort, wo hohe Umwelt- und Lärmbelastungen bestehen und alternative, bestehende Gewerbeflächen zur Verfügung stehen.
- die Entwicklung eines **Konzepts von der städtischen Wirtschaftsförderung**, das die Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben vorsieht und priorisiert, die sich an **ökologischen, nachhaltigen und sozialen Kriterien** ausrichten.
- die **Förderung von Werkhöfen**, die zur Belebung der sich verändernden Innenstadt führen können. Hier kann Wohnen, Arbeiten und Verkauf unter einem Dach stattfinden.
- **Investitionen** – auch durch Mut zur Verschuldung – in die **ökologische Sanierung** bestehender Gebäude und Straßen sowie in Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die **Aufwertung „weicher“ Standortfaktoren**, denn Verschuldung für Grunderwerb und Eigentum schafft Werte für die Stadt.
- die **bestmögliche klima- und ressourcenschonende Versorgung mit Energie** durch die Stadtwerke Nienburg. Das bedeutet, dass sich die städtische Tochter umgehend aus dem Geschäft mit dem Stromverkauf aus Kohle- oder Atomkraftwerken verabschieden und ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien anbieten muss. Die Stadtwerke müssen ihr Angebot zur Erzeugung und Vermarktung von erneuerbarer Energie weiter entwickeln und ausbauen. Gerade hinsichtlich der Nutzung von Sonnenenergie gibt es noch viel Potential.
- einen Ausbau des Anteils der durch erneuerbare Energien produzierten Energie im Stadtgebiet bis hin zur **vollständigen Deckung des Strombedarfs aus emissionsfreien Quellen** im Jahre 2035.



Impressum:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Nienburg/Weser
Wallstraße 2a
31582 Nienburg/Weser

www.nienburgwirdgrün.de
info@nienburgwirdgruen.de

Nienburg wird grün.